

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreise mit den täg. Unterhaltungsbeilage Leben, Stille, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Druckerlohn monatlich 10 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 27.50, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 30.—, Erhalten ist mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Jägerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde am Montag von 19 bis 1 Uhr. Expedition: Jägerstraße 21. Telefon 1768. Reichsdruckerei von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserten werden die 6spaltigen Zeilen mit 25 P. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 P. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 42.

Dresden, Sonnabend den 20. Februar 1909.

20. Jahrg.

Das alte Leid.

Kaiserdepesche und persönliches Regiment.

Der Pariser *Matin*, der in naher Fühlung mit dem französischen Reichstag in Paris, dem Kaiser Radolin, steht, veröffentlichte am 17. d. M. den Wortlaut einer Depesche, die Wilhelm II. nach dem Abschluß des deutsch-französischen Marokko-Abkommens an Radolin geschickt hat. Die Depesche lautet:

„Empfangen Sie meine Glückwünsche und meinen warmen Dank dafür, daß Sie zum Abschluß des Vertrags mit ihrer Arbeit beigetragen haben. Dieser Vertragsschluß hat den an sich schon so gelungenen Verlauf des englischen Kaiserpaars noch herlicher gestaltet. Seine Weisheit hat mich dazu lebhaft beglückwünscht. Ich habe Gambon das Großkreuz des Roten Adlers gegeben.“

Der *Matin* fügte dieser Veröffentlichung längere Darlegungen hinzu, in denen der Kaiser als französisch freundlich vertritt, während die Umgebung des Kaisers, Diplomaten und Soldaten, als kriegerisch hingestellt werden. Vom Kaiser wird erzählt, daß er im Jahre 1905 „alten Reichstagen und Redaktionen“ zum Kriegsbeginn überreden habe, daß er, als die Deputiertengeschichte von Colobianca sich zuspitzte, in Douaueschlingen erklärte: „Ich habe Befehl gegeben, binnen achtundvierzig Stunden damit zu Ende zu kommen, und alles ist geregelt worden.“

Schon aus diesen Veröffentlichungen des französischen Blattes zeigte sich, daß es wieder einmal in den oberen deutschen Regionen nicht stimmte. Nun bringt die *Nov. Blg.* folgende Meldung an ihrer Spitze:

„Der Reichliche Vorkämpfer in Paris Fürst von Radolin erklärt in einem dem Kaiserlichen Amt eingesprochenen Telegramm, daß er der Veröffentlichung eines Kaiserlichen Depesche in der Zeitung *Le Matin* völlig fernstehe. Gleichzeitig gibt der Reichliche Vorkämpfer darüber Ausdruck, daß die Zeitung *Moniteur* seine einen mit seinem Namen geschickten Kommentar hinzugefügt habe.“

Man sieht also vor der veröffentlichten Tatsache, daß Telegramme, die von Wilhelm II. an seinen Vorkämpfer geschickt werden, in französischen Zeitungen ohne Zutun des Adressaten zur Veröffentlichung gelangen können. Damit ist die Offenbarung der deutschen auswärtigen Politik um eine überaus heitere Szene bereichert. Das diplomatische Geheimnis besteht nur vor dem Kaiser und dem Herrn v. Schöner den Reichstagsabgeordneten mit umständlicher Geheimnistuerei höchstens unter dem dreifachen Siegel stiblicher Verschwiegenheit mittelst, können die frühlichen Pariser zum Morgenlöffel lesen.

Da ein Verleumdungsfall bisher von keiner Seite vermutet wird, stünde man vor einem vollständigen Rätsel, wenn nicht ein Pariser Telegramm des Berliner Tagesblatts einiges Licht in das Dunkel der Angelegenheit brächte. Danach hat nicht Fürst Radolin einem Redakteur des *Matin*, sondern umgekehrt der Redakteur des *Matin* dem Fürsten Radolin den Text der Depesche vorgelegt, den er — der Fürst — von seinem Souverän erhalten hatte. Der Redakteur war, wie man sich denken kann, einigermaßen überreicht, konnte aber die Wahrheit der Abschrift über die der *Matin* verfügte, nicht in Abrede stellen. Ferner wird angegeben, daß der *Matin* seine Informationen nicht dem Vorkämpfer, sondern dem Fürsten von Monaco verdanke. Somit wären zweierlei Vermutungen möglich: entweder der Vorkämpfer hat dem Fürsten von Monaco die Kaiserdepesche vorgelegt, oder Wilhelm II. hat auch an seinen Freund, den Fürsten von Monaco, telegraphisch und ihm den Inhalt seiner Depesche an den Vorkämpfer mitgeteilt.

Kompliziert wird die Sache dadurch, daß man in Paris in der Gruppe Wilhelm II., Albert von Monaco und Fürst Radolin einen französischenfreundlichen Konzern sieht, während man einer von Wilkom und Polstein geführten Gruppe minderfreundlicher Absichten zuschreibt. Als Pole, Katholik und Schwager des Zentrumsgrafen Lippold gilt Fürst Radolin für einen geheimen Gegner des Reichstags. Und ganz gewiß ist auch die allerneueste Kaiserdepesche-Wissens nur ein Teil des besseren Spiels zweier Kamarillen, die sich gegenseitig die Häufe anzubringen versuchen. Trotz der „historischen Novembertage“ weiß der getreue deutsche Untertan auch heutzutage noch immer nicht, wie und von wem er eigentlich regiert wird. Höchstens erzählt er es gelegentlich aus dem Daily Telegraph oder dem *Matin*.

Der Kaiser entfaltet seit einiger Zeit wieder eine außerordentlich intensive Herrschertätigkeit. Es vergeht kein Tag, an dem er nicht ein paar Staatssekretäre, Minister und sonstige Spitzen der Behörden empfängt. Am Donnerstag wurde sogar ein seltener „Kronrat“ abgehalten, der zwei und eine halb Stunde dauerte und sich mit der Reorganisation der preussischen Verwaltung beschäftigte haben soll.

Im Anschluß an das Schriftchen des Herrn Adolf Stein, das in unserer Zeitschrift mit den neuesten Veröffentlichungen des *Matin* alle Schuld an der deutschen Mißregierung den Beamten zuschob, hatte der Reichsbote erklärt, der Fehler liege darin, daß Wilhelm II. bisher seinen Beamten nicht stark genug auf die Finger gesehen und sich um Einzelheiten zu wenig gekümmert habe. Dieser Fehler ist nun, wie es scheint, gründlich behoben. Die Zeit, die der Kaiser jetzt an Willen und Fleiß spart, verwendet er dazu, seine Handlungen zu besuflachten. Die noch nie vor vollständig von seiner Gnade abhängig sind. Das bisherige Ergebnis der „historischen Novembertage“ ist eine Stärkung des Absolutismus.

Mit diesen Beobachtungen stimmt die folgende Mitteilung

der Rheinisch-Westfälischen Zeitung überein, die unter der Aufschrift „Wiederbeginn des persönlichen Regiments?“ schreibt:

„Unmittelbar nach der Abreise König Eduards ging aus Kreisen, die über die Stimmung des Kaisers stets gut unterrichtet sind, eine Mitteilung zu, die ungefähr folgendermaßen lautet: Der Kaiser ist durch den Besuch König Eduards außerordentlich befreit und zufrieden. Er betrachtet ihn als einen großen Erfolg seiner persönlichen Politik, und er ist wieder voll Zuversicht, Selbstbewußtsein und Tatkraft. Die bisherige Zurückhaltung dürfte wohl nicht mehr lange dauern. Wilhelm II. ist wieder ganz wie vor den November-Verträgen.“

Trotzdem diese Information aus allerbesten Quellen kam, hielten wir sie damals zurück und warteten auf die kommenden Taten. Da diese aber jene Mitteilungen inzwischen vollständig bestätigt haben, sehen wir keinen Grund, jene Information länger geheim zu halten.“

Das Telegramm an den Fürsten Radolin und der augenscheinlich ohne Befragung des Reichskanzlers dem französischen Vorkämpfer Gambon verliehene Orden sind offensbare Anzeichen des wieder wachsenden Wilhelmischen Tätigkeitsdranges.

Das Steuerkompromiß.

Die von der Steuerkommission des Reichstages eingesetzte Subkommission zur Beratung der Nachsteuer und der dazu gehörigen Beiträge hat ihre Beratungen zu Ende geführt. Die Germania erzählt über die Beschlüsse der Subkommission folgendes:

Die Subkommission einigte sich auf der Grundlage der Anträge Camp, zu welchen der Zentrumsgewählte Herold Verbesserungsvorschläge gestellt hatte, die vom Reichskanzler als die Vorbedingung für eine Verständigung akzeptiert wurden, dahin: die Nachsteuer ebenso wie die Ausdehnung der Erbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten und den Ausbau des Erbrechts des Staates fallen zu lassen und dafür eine Vermögenssteuer in Höhe von 150 Mill. Mark, welche von den Einzelstaaten durch Steuern vom Besitz und Einkommen einzuweisen nach der Kopfzahl der Bevölkerung aufzubringen ist, an Stelle der Matrilinearbeiträge treten zu lassen, so daß die Matrilinearbeiträge der Einzelstaaten, welche die Regierungsvorlage selbst auf 50 Mill. Mark erhöhen wollte, um weitere 100 Mill. Mark erhöht werden. Es wurde darüber eine Reihe programmatischer Punkte festgestellt, die von dem Abg. Weber redigiert und mit einem schriftlichen Bericht der Finanz- und Steuerkommission des Reichstages, die am nächsten Donnerstag wieder zu einer Sitzung zusammentritt, unterbreitet werden sollen.“

Die Germania fügt ihrer Mitteilung hinzu, man nehme in parlamentarischen Kreisen als sicher an, daß die Verständigung innerhalb der Subkommission und mit der Regierung auch die Zustimmung der Finanz- und Steuerkommission finden wird.

Nach dem Vorkämpfer haben sich auf den Boden der oben skizzierten Vorschläge die Konservativen, das Zentrum und bedingungsweise die Freisinnigen gestellt. Die Nationalliberalen sollen von den unter Einfluß des Zentrums gemachten Vorschlägen nicht befreit sein.

Wenn die maßgebenden Parteien die Steuerlast, die den Besitz treffen soll, vom Reich auf die Einzelstaaten abwälzen wollen, so haben sie dabei ihre guten Gründe. Herr v. Oldenburg hat sie deutlich genug ausgeprochen. Man will nicht, daß der Reichstag das allgemeine gleiche Wahlrecht der Besteuerung des Besitzes beschließt, man erwartet von den einzelstaatlichen Klassenabgaben, besonders in Preußen und Sachsen, eine glimpfliche Behandlung. Dann wird es schon so kommen, daß statt der reichen Erben die kleineren Einkommen zur Steuerlast herangezogen werden. Dies ist das Ziel, auf das die patriotischen und nationalen Parteien hinarbeiten!

Aus den Berliner Märztagen.

Unter diesem Titel erscheint in diesen Tagen, herausgegeben von G. v. Hammer im Verlage von Mittler u. Sohn, die Schilderung jener Zeiten aus der Feder eines Mannes, der sie als Augenzeuge in nächster Umgebung des Königs miterlebt hat. Der Verfasser, Graf Eduard v. Waldersee, war im Jahre 1848 Oberst und Adjutant beim Gouverneur von Berlin; er hat seine Lebenserinnerungen aufgezeichnet und in Form eines Tagebuchs fortgesetzt. In seinem Urteil vertritt er natürlich den Standpunkt des Militärs, und er teilt auch die damals am Hofe und in der Kreise allgemeine Meinung, die heute nicht mehr widerlegt zu werden braucht, daß die Revolution das „Werk auslässiger Entfessler“ und alles von langer Hand zum Kampfe vorbereitet gewesen sei.

Die Ereignisse des 18. März schildert Graf Waldersee besonders eingehend. Mit folgenden Sätzen erzählt er, wie die ersten Schüsse fielen: „Der König forderte Herrn v. Finow (den Vorgesetzten) auf, auf den Ballen hinauszutreten und den braunen Verfassungen mitzutun, daß der König nun Ruhe wolle, die Königin sei unwohl.“ Gegen diesen Befehl depressierte aber der Polizeipräsident und äußerte, er habe sich kompromittiert, wenn man dieser Aufforderung nicht nachgibt. Der Auf „Militär zurück!“, wog sich auch der Minister abgesetzt! gestellt, wurde immer dringender, so daß man sich entschließen mußte, in Bereitschaft gehaltene Truppen kommen zu lassen, um den Schloßhof zu säubern. Es sollte dies aber mit Vermeidung des Gebrauchs der Waffen geschehen; es rückte daher von der Schloßhof aus eine Eskadron Dragoner an ligne im Schritt, ohne das Gewehr aufzunehmen, auf dem Platz vor, gleichzeitig eine Abteilung Infanterie in einer bebau-

deten Linie aufgelöst, die zurückweichenden Deutschen nicht vor sich treibend. Ich sah und hörte vom Schloß aus die beiden oft erwähnten Schüsse bei der Infanterie fallen (ohne daß jemand verwundet wurde), welche aber den unglücklichen Vorwand zu dem längst organisierten Widerstand des Tages gaben. Alles blieb nun auseinander und lief unter dem Ruf: „Wir sind verraten! Man mordet die Bürger!“ nach allen Richtungen.“

In einer Schilderung der Barrikadentämpfe heißt es: „Das Sturmkläuen von den Strahlentürmen hörte die ganze Nacht nicht auf, auch sah man an verschiedenen Punkten Feuerfäulen emporleuchten.“

Der Kampf wurde aber für die Truppen überall siegreich fortgesetzt, gegen Morgen war man im Besitz der Königsstraße, des Stadtkreis bis hinwärts der Spree, der Linden bis zum Brandenburger Tor und der Schützenstraße bis zum Potsdamer Tor. Nur ein Fall ist vorgekommen, wo die Truppen nicht ihre Schuldigkeit getan, und zwar eine Kompanie der auswärtigen Infanterie, welche in der Friedrichstraße sich schlug, indem sie nach einer Barrikade vorgehen verweigerte. Zufällig war in diesem Augenblick Adjutant Graf Münster hier erschienen, der Hauptmann hatte ihm gesagt: „Denken Sie, wie es mir geht! Die Kompanie will nicht vor.“ Darauf hatte Graf Münster den Regen gezogen und die Kompanie auf die Barrikade geführt und sie genommen.“

Über die Vorgänge im Schloß schreibt Waldersee: „In den Zimmern und besonders in der Halle des Monarchen sah es, wie man in einem so verhängnisvollen Moment denken kann, auch sehr bewegt aus; der König schien aber zu dem festen Entschluß gekommen, nunmehr ein kräftiges Handeln dem revolutionären Treiben entgegenzusetzen. Leider gestattete er an diesem Tage sehr vielen Personen Zutritt, die den Monarchen mit Vorwürfen und Rathschlägen besuchten. So sprachen Vincke und Fürst Lichnowsky zum Könige; sie rieten zum Rückziehen, es sei keine Gnade, es sei der Ausbruch des allgemeinen Volkswutens. Auch Graf Krinow hatte gesagt: „Mit Rejonetten können Eure Majestät nicht mehr regieren.“ Auch erschien eine Deputation, an der Spitze der große Bischof Reander in voller Amtstracht. Der Bischof sagte ungefähr so: „In Eurer Majestät Hauptstadt Nieß Blut, Mordthaten, dieselben wollen diesem Einhalt gebieten und beschließen, daß das Militär zurückgezogen werde und nach den Äußerungen abstriche.“ Der König erwiderte darauf, daß zuerst das Volk die Stellenungen aufgeben möge, er wolle alles bewilligen, aber nur bei der Wille, nicht der Gewalt.“

Unmittelbar darauf aber wird erzählt, wie der König, den man vergebens zur Abreise nach Potsdam zu bestimmen versucht hatte, „in diesem Moment schlecht beraten war und schon wieder einen anderen Entschluß gefaßt hatte.“ So wäre es gekommen, daß der Monarch mehr den Eingebungen seines Gemüths und weniger folgte und die unglückliche (!) Bekannmachung „In meine lieben Berliner“ selbst redigierte, die der Professor Senfel nach einer Stundendruckerei befürwortete, die im Ratton der Intelligenz lag.“ Der 19. März brachte dann neue Unterhandlungen, deren Folge der Befehl an die Truppen, sich aller Feindseligkeiten zu enthalten, und der Abmarsch der Truppen aus Berlin war.

Von den Ereignissen nach der Katastrophe sei nur noch das Reichsbegängnis der im Kampfe gefallenen Bürger hervorgehoben: „So ging der Zug am Schloß vorüber, wo Seine Majestät der König jedesmal auf dem Balkon erschien, sobald die Särge vorbeikamen und dieselben durch die Arme des Helmes grüßte. Auch die Bürger in dem Zuge nahmen die Hüte ab und grüßten ehrerbietig. Es war eine merkwürdige Ruhe und Ordnung bei diesem Reichsbegängnis, selbst auf dem Wege fand gar kein Drängen der Zuschauer statt. Ich bestand mich mit den Umgebungen des Königs an den Fenstern des Sternsaales. Wenn eine Abteilung Särge vorüber war, so trat der König wieder in den Saal vom Balkon herein und stellte sich dann hinter uns, um zu sehen und nicht gesehen zu werden.“ Es war hier davon die Rede, daß man zuerst verlangt habe, daß das Militär (das Regiment Alexander) ein Spalier zu dieser Feierlichkeit bilden sollte; es wurde möglich, dies zum Glück noch abzulehnen und dagegen des Königs Erscheinen auszusichern. Nachdem dieser, nicht zu leugnen, gehäufte Leidenszüge vorher war, hinterließ der König; es fand in der Halle statt, wogu ich auch befohlen war.“

Die russische Polizei vor einem österreichischen Gericht.

Von unserem Korrespondenten.

Wien, am 17. Februar.

— Vor dem Kremlauer Schörrichter begann gestern der Verleumdungsprozeß, den die Redigierin Janina Doroska gegen Benossen Häcker, Redakteur des *Waprosob*, anstrengt, weil er entsetzend den Angaben Palais ihre Spießbüchse entlarzt hatte. Große Spannung rief die Verurteilung des Jungen Palai hervor. Aus seinen Befundungen ging hervor, daß er 27 Jahre alt ist; erst 28 Jahre alt, war er in Böhmen als Gehilfe des Chefs der Geheimpolizei mit 4000 Rubel (fast 9000 Mk.) Gehalt angestellt. Er bestrafte die Identität der Redigierin mit der ihm bekannten Spionin und gab die Umstände an, unter denen er sie kennen gelernt. Entsetzend rief es im Verhandlungsstalle hervor, als Palai, vom Vorsitzenden gefragt, warum er seine Dienste niedergelegt habe, eine Schilderung des Treibens der Warschauer Polizei entwarf. Unter seinem ersten Chef, einem persönlich anhängigen Menschen, habe er nichts Widergesetzliches bemerkt. Als dieser aber entsetzt wurde, weil er zu „wech geschaffen“ war, entfalteten sich unter seinem Nachfolger Schewelaw alle Grauel der Polizeimilitär. Bei den schlimmsten Untaten war nicht einmal ein politisches Motiv, sondern der persönliche Vorwitz einzelner Polizeibeamter maßgebend. Ein Postfiskus Reuschel hatte z. B. erfahren, daß ein Kaufmann Winterle einen Lotteriegewinn gemacht habe. Er meldete nun auf der Polizei, daß ein Heberfall der Revolutionäre auf den Kaufmann geplant sei. Man vereinbarte, daß Reuschel an dem Heberfall teilnehmen, bei der Ver-